Bremen, 05.11.2026

Norddeutsche Küstenländer wollen Hightech-Agenda gemeinsam nutzen

Gemeinsamer Auftritt beim High-Tech-Gipfel 2027 geplant / Fortführung des MCN, Netzanschlüsse und Offshore-Konverterplattformbau weitere Themen der Konferenz

Die fünf norddeutschen Küstenländer wollen die Hightech-Agenda Deutschland gemeinsam nutzen, um Vorhaben in der Luft- und Raumfahrt, der maritimen Wirtschaft und der Windenergie voranzubringen. Darauf haben sich die Wirtschafts- und Verkehrsministerinnen und -minister sowie Senatorinnen und Senatoren bei ihrer Konferenz am 5. November in Bremen verständigt. Für den High-Tech-Gipfel 2027 ist ein gemeinsamer Auftritt der Länder geplant.

Bremens Senatorin für Wirtschaft, Häfen und Transformation, Kristina Vogt sagt: „Die Hightech-Agenda darf nicht dazu führen, dass vor allem die Regionen profitieren, die besonders viel Geld für eigene Anteile und die weitere Finanzierung aufbringen können. Hohe Anforderungen an die Kofinanzierung können kleinere und finanzschwächere Standorte benachteiligen. Wir müssen deshalb stärker auf die Stärken der einzelnen Regionen schauen. Im Norden sind das zum Beispiel unsere Häfen und der Schiffbau, die Offshore-Windenergie und die Luftfahrt. Diese Bereiche haben großes Potenzial für die technologische Entwicklung und die Wettbewerbsfähigkeit Deutschlands. Die Hightech-Agenda sollte diese Stärken aufgreifen und fördern, statt Förderchancen allein von der finanziellen Ausstattung eines Standorts abhängig zu machen.“

Für die weitere Abstimmung haben die Länder die Einrichtung einer Arbeitsgruppe vereinbart, die eng mit den jeweiligen Wissenschaftsressorts zusammenarbeiten soll. Bremen hat dabei die Federführung übernommen. Auch bei den Ausschreibungen der Hightech-Agenda sollen länderübergreifende Anträge berücksichtigt werden.

Neben der Zusammenarbeit bei Zukunftstechnologien haben die Länder auch über die Voraussetzungen für Investitionen und die Dekarbonisierung beraten. In vielen Regionen fehlen Netzanschlusskapazitäten, vor allem in den Verteilnetzen und an den Schnittstellen zwischen Übertragungs- und Verteilnetz. Das kann Investitionen, Unternehmensansiedlungen und die Umstellung auf klimafreundliche Produktionsverfahren bremsen. Zudem können Netzengpässe hohe Redispatch-Kosten verursachen. Das bisherige Windhundprinzip kann dazu führen, dass Netzkapazitäten durch Vorhaben gebunden werden, deren Umsetzung unsicher ist, während wirtschaftlich wichtige Projekte auf einen Anschluss warten müssen.

Die Küstenländer haben deshalb einen schnelleren Ausbau der Stromnetze und Netzverknüpfungspunkte sowie verbindlichere Ausbaupflichten, Zeitpläne und Berichtspflichten für die Netzbetreiber gefordert. Bei knappen Kapazitäten haben sie sich für transparente und rechtssichere Verfahren ausgesprochen, die eine mögliche Priorisierung wichtiger und realisierbarer Vorhaben ermöglichen. Außerdem haben sie die Umsetzung des angekündigten Verteilnetzpakets der Bundesregierung gefordert.

Hamburgs Senatorin für Wirtschaft, Arbeit und Innovation, Dr. Melanie Leonhard, hat dabei vor allem die Verantwortung des Bundes für eine verlässliche Energieversorgung der Industrie betont: „Die Industrie in Norddeutschland braucht verlässliche Energie. Doch obwohl im Norden ausreichend erneuerbare Energien produziert werden, ist die verlässliche Netzanbindung keineswegs gesichert. Hier besteht dringender Handlungsbedarf! Die Sicherstellung ausreichender Netzanschluss- sowie Energieübertragungskapazitäten an den Verknüpfungspunkten von Übertragungs- und Verteilnetzen

ist eine Grundvoraussetzung für die Transformation und die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Industrie. Wir fordern die Bundesregierung deshalb auf, noch bis Jahresende 2026, Vorschläge für das angekündigte Verteilnetzpaket und die „Anschlussgarantie“ für Industriebetriebe“ vorzulegen und den Ausbau von Netzverknüpfungspunkten zwischen Übertragungs- und Verteilnetzen zu priorisieren.“

Schleswig-Holsteins Minister Claus Ruhe Madsen hat insbesondere den Bedarf der energieintensiven Unternehmen angesprochen: „Ich freue mich zudem über unseren Konsens, dass wir die Netzanschlusskapazitäten für energieintensives Gewerbe erhöhen müssen. Der steigenden Nachfrage bei uns in Schleswig-Holstein muss dringend mit einer Priorisierung der Planung der Übertragungsnetzbetreiber und einer Anschlussgarantie durch die Bundesregierung begegnet werden.“

Auch die industrielle Bedeutung des Offshore-Konverterplattformbaus haben die Länder beraten. Schleswig-Holsteins Minister Claus Ruhe Madsen sagt: „Zudem haben wir auf meinen Vorschlag hin beschlossen, den Bau von Offshore-Konverter-Plattformen noch weiter zu stärken. Wichtig ist dabei, dass die Bundesregierung nicht ihre Offshore-Ausbauziele zurücknimmt und endlich den Bau von Konverter-Plattformen als Schlüsselindustrie definiert.“

Mecklenburg-Vorpommerns Staatssekretär und Maritimer Koordinator Jochen Schulte hat dabei auf die Bedeutung für die maritime Industrie und den Wettbewerbsdruck bei den heimischen Herstellern hingewiesen: „Die Küstenländer haben ein gemeinsames Interesse daran, die maritime Industrie in Deutschland zu stärken. Mit dem Konverterplattformbau eröffnet sich für unsere Werften ein neues industrielles Standbein. Zugleich stehen unsere Monopile-Hersteller in Rostock und Nordenham durch den Wettbewerb mit staatlich gestützten chinesischen Anbietern massiv unter Druck. Deshalb erwarten wir von der Bundesregierung, dass sie sich auf europäischer Ebene für wirksame Schutzmaßnahmen einsetzt. Wir dürfen nicht zulassen, dass wir neue industrielle Kapazitäten aufbauen und gleichzeitig bestehende verlieren. Der Offshore-Ausbau muss auch Wertschöpfung und gut bezahlte Industriearbeitsplätze in Deutschland sichern.“

Ein weiteres gemeinsames Ergebnis der Konferenz betrifft das Maritime Cluster Norddeutschland (MCN e. V.). Die fünf Länder haben beschlossen, ihre Zusammenarbeit ab dem 1. Januar 2027 für weitere fünf Jahre fortzusetzen. Damit haben sie die gemeinsame Finanzierung des Netzwerks für diesen Zeitraum gesichert. Das MCN zählt rund 370 Mitglieder aus Wirtschaft, Wissenschaft, Politik und Verwaltung und ist das einzige Cluster, das alle fünf norddeutschen Länder vereint. Die zentrale Geschäftsstelle hat ihren Sitz in Hamburg. Zusätzlich unterhält jedes Land eine regionale Geschäftsstelle. Die neue Ländervereinbarung sieht eine regelmäßige Zertifizierung des MCN im Rahmen der European Cluster Excellence Initiative und eine jährliche Erfolgskontrolle durch Hamburg vor. Nach den ersten fünf Jahren verlängert sich die Vereinbarung automatisch jeweils um zwei Jahre, sofern sie nicht gekündigt wird.

Niedersachsens Wirtschaftsminister Grant Hendrik Tonne: „Die maritime Wirtschaft ist ein zentraler Pfeiler unserer wirtschaftlichen Stärke und nationalen Resilienz. Gerade angesichts der wachsenden Bedeutung unserer Häfen und der kritischen Infrastruktur in Nord- und Ostsee müssen wir unsere maritime Kompetenz weiter ausbauen. Dafür brauchen wir starke Netzwerke, die Unternehmen, Wissenschaft und Forschung zusammenbringen. Das Maritime Cluster Norddeutschland leistet hierzu einen wichtigen Beitrag. Mit der Fortsetzung unserer Zusammenarbeit schaffen wir Verlässlichkeit und stärken die Innovationskraft der maritimen Wirtschaft.“

Die nächste Konferenz der Wirtschafts- und Verkehrsminister:innen/-senator:innen der norddeutschen Küstenländer findet im kommenden Jahr in Hamburg statt.

Pressekontakt: